

Fair ist gesund

Gerechtigkeit in der Kölner Klinikfinanzierung*

Ob öffentlich, privat oder freigemeinnützig – die Kölner Krankenhäuser erbringen mit Fachwissen, Verantwortung und Fürsorge ihre Spitzenleistung für die Menschen in Köln.

Die sechs Krankenhäuser der Hospitalvereinigung der Cellitinnen in Köln-Longerich, -Nippes, -Ehrenfeld, -Lindenthal, -Altstadt-Nord und -Süd und -Bayenthal, die Josefs-Gesellschaft für das Eduardus-Krankenhaus Köln-Deutz und das Evangelische Krankenhaus Köln-Kalk, das St. Elisabeth-Krankenhaus Köln-Hohenlind, das Alexianer Krankenhaus Köln, die Klinik Alteburger Straße sowie die Cellitinnen-Marienborn St. Agatha Fachklinik für Seelische Gesundheit haben sich nun zu einer Initiative zusammengeschlossen, um gemeinsam auf die Schiefelage in der Kölner Klinikfinanzierung aufmerksam zu machen. Diese Krankenhäuser in freigemeinnütziger Trägerschaft leisten einen substanziellen Beitrag zur Gesundheitsversorgung in Köln. Die Stadt Köln unterstützt jedoch bisher nur die kommunalen Kliniken, übernimmt deren Defizite und finanziert Investitionen. Das führt zu einer strukturellen Benachteiligung aller anderen Häuser. Die Stadt schafft damit ein ungerechtes Zwei-Klassen-System unter den Krankenhäusern und einen verzerrten Wettbewerb. Die Initiative der oben genannten freigemeinnützigen Krankenhäuser fordert die Stadt Köln auf, diese Ungleichheit im Sinne aller Kölnerinnen und Kölner zu beheben und eine gerechte Finanzierung zu entwickeln. Für eine Versorgung, die langfristig zuverlässig ist und die Trägervielfalt erhält.

1 Die Stadt stützt nur ihre eigenen Kliniken – obwohl alle Krankenhäuser die Kölnerinnen und Kölner versorgen.

Die Stadt Köln hat die Trägergesellschaft „Kliniken der Stadt Köln gGmbH“ in den Jahren 2015 und 2024 mit der Erbringung sogenannter Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) betraut. Die städtischen Krankenhäuser haben hierfür in den Jahren 2015 bis 2023 finanzielle Unterstützungen, überwiegend in Form von Gesellschafterdarlehen, in mehrstelliger Millionenhöhe erhalten. Im Rahmen eines Schuldenschnitts wurden Ende 2024 alle bis dahin ausgereichten Gesellschafterdarlehen im Umfang von 533,2 Millionen Euro in Eigenkapital umgewandelt. Zusätzlich muss die Stadt jährlich weiterhin Betriebskostenzuschüsse in zweistelliger

Millionenhöhe leisten, zuletzt 67,2 Millionen Euro in 2023 und 73,3 Millionen Euro im Jahr 2024. Der Haushaltsplan 2025/26 sieht jährliche Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 76,6 Millionen Euro (2025) und 69,3 Millionen Euro (2026) vor. Weitere finanzielle Mittel sind geplant. Die Stadt begründet die Unterstützung damit, dass eine Unterversorgung der Kölner Bürgerinnen und Bürger vermieden werden soll.

Demgegenüber stehen die freigemeinnützigen Krankenhäuser, die von keiner Seite zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten. Das schafft eine unfaire Finanzierungsstruktur, die langfristig die Trägervielfalt in Köln gefährdet.

2 Unfaire Finanzierung schadet der Gesundheitsversorgung in Köln.

Diese unfaire Finanzierung entspricht nicht der Versorgungsrealität in Köln. Insgesamt verfügen die freigemeinnützigen Krankenhäuser der Initiative über 2.841 Planbetten. Das sind 49 Prozent aller Krankenhausbetten in Köln und knapp dreimal so viele, wie sie bei den städtischen Kliniken vorhanden sind.

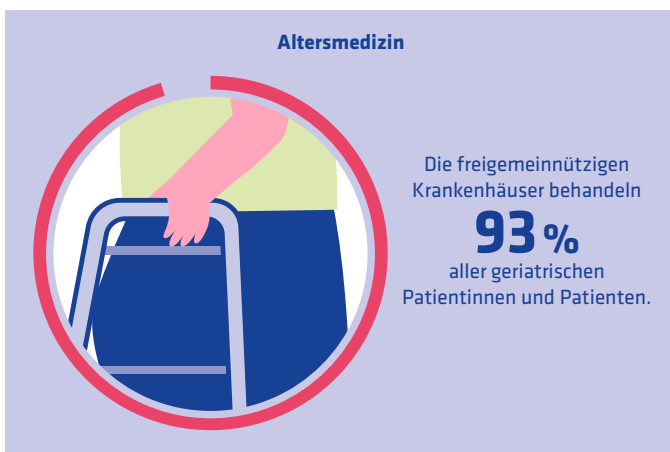
Nach dem neuen Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sind den Häusern dieser Initiative insgesamt 135.398 stationäre Fälle zugewiesen. Das entspricht rund 52 Prozent aller Fälle in Köln. Den Kliniken der Stadt Köln sind demgegenüber 42.762 stationäre Fälle zugewiesen. Das entspricht rund 16 Prozent.





Die freigemeinnützigen Krankenhäuser in Köln versorgen etwa sechs von zehn Notfallpatientinnen und -patienten. Dazu gehören 55 Prozent aller Herzinfarkte und ein Drittel der Schlaganfälle in den sogenannten „Stroke Units“. 75 Prozent der sogenannten „Erweiterten Notfallversorgung“ (Level 2) wird in Köln von den freigemeinnützigen Krankenhäusern sichergestellt. Von den 13 Krankenhäusern mit Notfallstufe in Köln sind neun in der Initiative vertreten.

Die Krankenhäuser begleiten auch mehr als die Hälfte der Geburten (51 Prozent) und behandeln nahezu alle geriatrischen Patientinnen und Patienten (93 Prozent). Der Bedarf an Versorgung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wird aufgrund des demografischen Wandels stark wachsen. Die Stadt unterstützt die medizinische Versorgung dieser Patientengruppe damit unzureichend – und dass, obwohl der Bedarf besonders in dieser Fachrichtung in Zukunft signifikant zunehmen wird.



Angesichts dieser Ausgangssituation sollte die Stadt Köln ein großes Interesse daran haben, alle Krankenhäuser in Köln gleichermaßen zu unterstützen, um ihrem Auftrag zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Versorgung der Kölner Bevölkerung nachzukommen. Denn die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation, mit steigenden Energie- und Personalkosten und anhaltender Inflation, stellt nicht nur die städtischen Kliniken, sondern alle Krankenhäuser in Köln vor dieselben Herausforderungen. Die unfaire Finanzierung schadet daher langfristig der stationären medizinischen Versorgung in Köln.



3 Wer gute Versorgung für morgen will, braucht Trägervielfalt.

Die Gesundheitsversorgung der Zukunft braucht faire Finanzierung heute. Die Stadt Köln muss alle Krankenhausträger verlässlich fördern und darf keine Ungleichheiten zementieren. Köln braucht ein klares Bekenntnis zur Gleichbehandlung in der stationären medizinischen Versorgung, um die Trägervielfalt zu erhalten.

Denn eine vielfältige Trägerlandschaft mit gleichen Rahmenbedingungen für alle stärkt die Versorgungsqualität für die Kölnerinnen und Kölner. Gerade in Krisenzeiten, bei saisonalen Spitzenbelastungen, in Ausnahmesituationen wie in der Corona-Pandemie erlebt oder „alltäglichen“ Vorfällen wie Bombenentschärfungen und Streiks hat sich eine dezentrale und diverse Krankenhauslandschaft als leistungsfähig erwiesen.

Die Stadt Köln muss eine faire Finanzierungsstruktur schaffen, die kein Krankenhaus benachteiligt – für eine dauerhaft sichere, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung der Kölnerinnen und Kölner.